



11.11.2008

Pressemitteilung von Martina Bunge

Rentenangleichung: Man hofft, es ist eine Ente

Das Hin und Her in Sachen Rentenangleichung setzt sich fort. Zu entsprechenden Pressemeldungen erklärte Dr. Martina Bunge, Verantwortliche der Fraktion DIE LINKE für die Probleme der Rentenüberleitung:

Hier sieht kaum noch jemand durch: Unser Ministerpräsident Erwin Sellering hat mehrfach erklärt, die neuen Bundesländer wollten sich im Bundesrat für eine Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West stark machen. Dazu gab es sowohl Dementis als auch Bekräftigungen aus den Reihen von Union und SPD.

Nun sieht es so aus, als würde das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Minister Olaf Scholz (SPD) Nägel mit Köpfen machen. Mehrere Medien berichteten über Arbeitspapiere, die ab 2020 in Ost und West eine einheitlich berechnete Rente vorsehen. Das wäre 30 Jahre nach Herstellung der Einheit. Schlimm genug, doch es soll noch schlimmer kommen: Die bis zu diesem Zeitpunkt erworbenen Ansprüche sollen davon unberührt bleiben. Damit gingen erst 50 Jahre später die ersten Ostdeutschen in den Ruhestand, deren Rente wie die ihrer Altersgefährten im Westen berechnet wurde.

Da bleibt zu hoffen, dass es sich bei diesen Meldungen um eine Ente handelt. Die Aussage eines Sprechers aus dem Bundesarbeitsministerium kann da nur bedingt beruhigen. „Es gibt keine Festlegung. Die Meinungsbildung dazu ist noch nicht abgeschlossen“, wird er in den Medien zitiert. Ein Dementi klingt anders.

Meine Fraktion, DIE LINKE, hat dem Bundestag im Vorjahr einen Antrag zur Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West vorgelegt. Sie soll schrittweise bis spätestens 2012 erreicht sein. Der Ausgleich für die immer noch niedrigen Einkommen im Osten – die Höherbewertung – darf nicht abgeschafft werden. Diese erledigt sich von selbst, wenn die Löhne tatsächlich angeglichen sind.